

Mitteilung

der Landesregierung

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 5: Ausbildung zum gehobenen Dienst

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 10. November 2011 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 15/759 Abschnitt II):

„Die Landesregierung zu ersuchen,

1. bei der künftigen Form der Zusammenarbeit der Hochschulen in Kehl und Ludwigsburg die Kooperationsformen und Kooperationsfelder der Hochschulen z. B. mit Blick auf die künftigen Formen des ‚Regierens und Verwaltens‘ (Governance) zu erweitern und zu intensivieren, jedoch von einer Fusion der Hochschulen zum jetzigen Zeitpunkt abzusehen,
2. die bisherigen Studiengänge grundsätzlich weiterzuführen und dabei die pädagogischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten einer intensiveren Kooperation zu nutzen,
3. die Kooperation mit anderen in- und ausländischen Hochschulen, vor allem auch vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der europäischen Ebene der öffentlichen Verwaltung, weiterzuentwickeln und den Austausch zu fördern,
4. das Qualitätsmanagement in der Kooperation beider Hochschulen durchzuführen und weiterzuentwickeln,
5. den bisherigen Status der Hochschulen als interne Hochschulen bezüglich der bestehenden Studiengänge beizubehalten, jedoch, gegebenenfalls in der Kooperation mit anderen öffentlichen oder privaten Hochschulen, externe Studiengänge und Weiterbildungsangebote im Themenbereich ‚Public Management‘ und ‚Governance‘ anzugliedern, deren Studierende/Teilnehmer nicht

notwendig dem öffentlichen Dienst angehören und dabei auch mit den Organisationen der Wirtschaft und der Non-Governmental Organizations (NGOs) zusammenzuarbeiten,

6. dem Landtag bis 30. September 2012 erneut zu berichten.“

Bericht

Mit Schreiben vom 5. September 2012, Az.: I 0451.1, berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Zu Nr. 1 und 2 (sie werden zusammenfassend beantwortet):

An beiden Hochschulen findet der Vorbereitungsdienst für den gehobenen Verwaltungsdienst in Form des Bachelor-Studiengangs „Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management“ statt. Als laufbahngestaltendes Ministerium gibt das Innenministerium durch Ausbildungs- und Prüfungsordnung die wesentlichen Inhalte des Studiengangs vor, die durch Studien- und Prüfungsordnungen und Modulhandbücher der Hochschulen im Detail ausgestaltet werden. Insoweit wurde dieser Studiengang wie auch die vollständig in der Verantwortung der Hochschulen liegenden Master-Studiengänge „Europäisches Verwaltungsmanagement (MPA)“ und „Public Management (MPM)“ von beiden Hochschulen gemeinsam konzipiert. Die Durchführung und Weiterentwicklung dieser Studiengänge erfolgt ebenfalls in enger Zusammenarbeit beider Hochschulen, z. B. durch ein gemeinsames Zulassungsverfahren, den Austausch von Studierenden und die einheitliche Weiterentwicklung des Curriculums. Beide Hochschulen führen zudem seit Mai 2012 im Bachelor-Studiengang „Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management“ einen einheitlich strukturierten Prozess zur längerfristigen Optimierung des Studiengangs durch. In dessen Rahmen werden alle am Studiengang Beteiligten (Lehrende, Studierende, Vertretung der Abnehmerseite, Kommunale Landesverbände, Ministerien) basierend auf einer Stärken-Schwächen-Analyse (SWOT) Maßnahmenvorschläge erarbeiten.

Als weiteres Projekt ist in Zusammenarbeit mit der Führungsakademie Baden-Württemberg die Errichtung eines Kontaktstudiengangs mit der Thematik Bürgerbeteiligung geplant. Das hierfür erforderliche Curriculum des Kontaktstudiengangs wird derzeit in Kooperation aller Beteiligten erstellt.

Beide Hochschulen planen eine sich ergänzende Forschungskonzeption zu erarbeiten, in der z. B. Themen aus den Bereichen Europa, Politik und Verwaltung sowie Forschung für nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung gebündelt und vernetzt werden. Darüber hinaus wirken Lehrkräfte beider Hochschulen als Herausgeber der Fachzeitschrift für Ausbildung, Prüfung und Fortbildung (apf) zusammen. Desgleichen wird die in der baden-württembergischen Verwaltung verwendete Vorschriftensammlung VSV von Lehrkräften beider Hochschulen gemeinsam herausgegeben. Neue Lehrformen, wie z. B. Blended Learning, handlungsorientierte Konzepte (Fachprojekte), Konzepte zur Förderung der Selbstständigkeit, Computersimulation im Rahmen von Planspielen etc. werden gemeinsam erprobt und im Rahmen eines Diskurses einer Wirkungsanalyse unterzogen. Ziel dieses Prozesses ist es, gemeinsame Lehrprodukte (wie z. B. Lehrbriefe, Lehrplattformen etc.) zu generieren.

In enger Zusammenarbeit sollen auch zukünftig weitere Kooperationsfelder entwickelt und umgesetzt werden. Hierzu planen die Rektorate jährlich eine mehrtägige gemeinsame Tagung durchzuführen. Auch die jeweiligen Hochschulräte und Senate werden sich zukünftig in gemeinsamen Sitzungen austauschen.

Zu Nr. 3:

In den vergangenen Jahren haben sich die Hochschulen innerhalb eines Netzwerks aus Hochschulen, Fortbildungseinrichtungen und Praktikumsstellen posi-

tioniert. Schwerpunkte dieser Hochschulkooperationen liegen auf dem europäischen Raum und in englisch- und französischsprachigen außereuropäischen Ländern.

Bei den Auslandsaktivitäten wie z.B. Praktika, Studienreisen, Gastdozenturen und gemeinsamen Projekten steht die fachliche Weiterentwicklung im Vordergrund. Diese Aktivitäten werden sowohl von Seminaren zur Entwicklung interkultureller Kompetenz als auch von Sprachkursen flankiert und über Drittmittelprogramme unterstützt. Im Übrigen wird auf Ziffer 5 verwiesen.

Zu Nr. 4:

Die beiden Hochschulen haben in den Jahren 2008 bzw. 2009 begonnen, ein Qualitätsmanagementsystem aufzubauen. Es wurden Gespräche der an beiden Hochschulen von den Senaten bestellten Beauftragten für das Qualitätsmanagement (QM) über die Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der QM-Systeme und -Konzepte an beiden Hochschulen aufgenommen. Die Empfehlungen im Evaluationsbericht der Evaluationsagentur Baden-Württemberg (evalag) vom März 2011 wurden bereits umgesetzt.

Zu Nr. 5:

Bereits derzeit bieten beide Hochschulen neben dem internen Bachelor-Studiengang „Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management“ und den nur an der Hochschule Ludwigsburg stattfindenden internen Bachelor-Studiengängen „Allgemeine Finanzverwaltung“, „Rentenversicherung“ sowie „Steuerverwaltung“ mehrere Studiengänge und Bildungsangebote an, die auch Studierenden außerhalb des öffentlichen Dienstes offenstehen:

- Die Master-Studiengänge „Public Management (MPM)“ und „Europäisches Verwaltungsmanagement (MPA)“: Diese Studienangebote richten sich auch an Bedienstete von Non-Profit-Organisationen und Nicht-Regierungs-Organisationen. Im Master-Studiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement (MPA)“ wird an der Hochschule Kehl der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) insbesondere im EU-Kontext ein wichtiger Platz eingeräumt.
- Der Kooperationsstudiengang „Kulturmanagement“ mit dem Abschluss Master of Arts der Hochschule Ludwigsburg in Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Er wendet sich an alle Kulturschaffende und die im Kulturbereich Tätigen.
- Ab dem Wintersemester 2012/2013 bietet die Hochschule Kehl gemeinsam mit der Université de Strasbourg den deutsch-französischen Master-Studiengang „Management von Clustern und regionalen Netzwerken“ an. Ziel dieses dreisprachigen Studiengangs ist die spätere Beschäftigung in Clustern und regionalen Netzwerken auf grenzüberschreitender, europäischer bzw. internationaler Ebene. Mögliche Aufgabenbereiche finden sich z.B. im Informations- und Kommunikationsmanagement, in der Gestaltung und Verwaltung von Netzwerken in öffentlich-privater Kooperation oder im interdisziplinären Projekt- und Kooperationsmanagement.
- Unter Federführung der Hochschule Ludwigsburg wird derzeit von einem Konsortium europäischer Hochschulen aus Belgien, Bulgarien, Deutschland, Ungarn, Irland, Italien und den Niederlanden ein Curriculum für einen „Joint Master in European Public Administration (MIPAM)“ entwickelt. Der Studiengang weist die Besonderheit auf, dass die Studierenden neben den Studien im eigenen Land semesterweise auch an ausländischen Hochschulen studieren können. Die Entwicklung des Studiengangs wird im Rahmen des Life Long Learning Programms „Erasmus Curriculum Development“ der Europäischen Union gefördert.
- Die Hochschulen Kehl und Ludwigsburg sind gemeinsam in einem Programm zur Stärkung der Kommunalverwaltungen in den Donau-Anrainerstaaten engagiert. Dieses Programm, das in die Donaustrategie der EU eingebettet ist, geht auf eine Initiative der Landesregierung Baden-Württemberg zurück. Die beiden Hochschulen arbeiten dabei mit ihren Partnerhochschulen für öffentliche Verwaltung im Donauroum zusammen.

- Daneben bestehen vielfältige Kooperationen beider Hochschulen, z. B. mit der Württembergischen Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie e. V. (in den Bereichen der Kommunalen Bilanzbuchhaltung und des behördlichen Datenschutzes), dem Justizministerium Baden-Württemberg (Kontaktstudiengang „Seminar für Führungskräfte in der Justizverwaltung“) und mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz in Form des „Kommunalen Netzwerks Datenschutz“ etc.

Neben diesen bestehenden Studiengängen und Kooperationen gibt es Planungen, weitere Studienmodelle zu etablieren:

- So z. B. ein Master-Studiengang „Krankenhausmanagement“ der Hochschule Kehl in Kooperation mit der Hochschule Offenburg.
- An der Hochschule Ludwigsburg werden Überlegungen zur Einrichtung eines Master-Studiengangs „Master of Taxation“ in alleiniger Trägerschaft oder Kooperation mit einer anderen Hochschule angestellt. Auch dieser Studiengang soll für Studierende innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes konzipiert werden.
- Die unter Ziffer 1 dargestellte Kooperation mit der Führungsakademie Baden-Württemberg mit dem Ziel der Errichtung eines Kontaktstudiengangs zu der Thematik Bürgerbeteiligung (Partizipation).